

BERNHARD SAUER

Freikorps und Antisemitismus in der Frühzeit der Weimarer Republik

Nach dem Ersten Weltkrieg gab es ca. 250 000 bis 400 000 Freikorpsangehörige¹ und etwa 120 Freikorps. Die Mitglieder der Freikorps waren durch den Ersten Weltkrieg und die Nachkriegswirren sozialisiert worden. Im jugendlichen Alter, nicht selten mit 16, 17 oder 18 Jahren, wurden sie in den Krieg eingezogen oder hatten sich freiwillig gemeldet. Rudolf Höß beispielsweise, der sich später dem Freikorps Roßbach anschloss, dort an einem Fememord beteiligt war und dann als Kommandant von Auschwitz traurige Bekanntheit erlangen sollte, meldete sich mit 16 Jahren freiwillig zum Krieg. Dort erlebten er und andere Angehörige dieser Generation die Hölle des Gas- und Granatkrieges. In den Schützengräben der Front, in der täglichen Erfahrung mit dem Tod und dem Gefühl des gegenseitigen Angewiesenseins entwickelte sich jene Männergemeinschaft, die dann für die Freikorps des Nachkrieges typisch war. Das Fronterlebnis war die Schlüsselerfahrung in ihrem Leben. In der Nachkriegsordnung fanden sie sich nicht mehr zurecht. Mit nichts anderem als dem Kriegshandwerk vertraut, ohne Ausbildung und Beruf und ohne die Aussicht, in die verkleinerte Reichswehr übernommen zu werden, schafften sie den Sprung in das Zivilleben nicht. So betätigten sie sich in der ihnen gewohnten Weise: als Soldaten in den Freikorps.

Geführt wurden die Freikorps der arbeitslos gewordenen Soldaten von den ehemaligen aktiven Frontoffizieren der kaiserlichen Armee. Die meisten von ihnen waren nach wie vor monarchisch orientiert,² die Weimarer Republik lehnten sie ab. Die Niederlage im Weltkrieg und den Zusammenbruch der Monarchie erlebten sie als Schock. Schuld daran trug in ihren Augen nicht die politische und militärische Führung des Kaiserreichs, sondern ein innerer Feind, der mit Defätismus und Landesverrat systematisch die Heimat zersetzt habe. Während die Frontheere draußen noch für den „Sieg“ kämpften, wurde in der Heimat bereits mit Streiks und Massendemonstrationen die Beendigung eines für sinnlos gehaltenen Krieges gefordert. Dies erweckte bei den Frontoffizieren den Eindruck, „dass hinter ihrem Rücken [...] die verbrecherische Fackel der Revolution das deutsche Haus in Brand gesteckt hatte“.³ Ihr Hass richtete sich gegen Sozialdemokraten und Spartakus, gegen die Arbeiter- und Soldatenräte, die für die Beendigung des Krieges eingetreten waren.

Von einer dezidiert antisemitischen Einstellung der Freikorps zu diesem Zeitpunkt kann indes nicht gesprochen werden, obwohl es vereinzelte antisemitische Äußerungen

gab.⁴ Dies sollte sich jedoch bald ändern. Schon einige Jahre später, so urteilte ein guter Kenner der damaligen Verhältnisse, war die „gesamte nationalistische Bewegung antisemitisch“.⁵ Fast alle nationalistischen und militärischen Verbände waren auf einen jüdenfeindlichen Kurs eingeschwenkt.

Der Antisemitismus hatte sich bereits in der wilhelminischen Gesellschaft verbreitet, blieb aber auf einige Gruppierungen beschränkt. Während des Ersten Weltkrieges war er zunächst durch die „Burgfriedenspolitik“, wonach innere Gegensätze angesichts einer äußeren Bedrohung zurückgestellt werden sollten, weitgehend verdrängt worden, brach aber im Jahr 1915 wieder auf, als sich abzeichnete, dass mit einem schnellen Kriegsende nicht zu rechnen war. Je länger der Krieg andauerte und die Kriegslage sich verschlechterte, desto mehr gewann der Antisemitismus an Heftigkeit und Verbreitung. „Der wenig später erfolgende Zusammenbruch [...] bildete das auslösende Moment für einen weiteren entscheidenden Durchbruch des Antisemitismus.“⁶

Es ist ein Phänomen, dass der Antisemitismus, der vorher eher eine Randerscheinung war, nach dem Ersten Weltkrieg geradezu eine Massenbewegung wurde. Verlauf und Ergebnis des Krieges sowie zwei in weiten Teilen der deutschen Bevölkerung verbreitete „Lebenslügen“ förderten dabei seine Ausbreitung wesentlich: Deutschland sei der Krieg von seinen Gegnern aufgezwungen worden; und es sei auf dem Schlachtfeld unbesiegt geblieben.

Tatsache ist jedoch, dass die wirtschaftlichen und politischen Eliten im kaiserlichen Deutschland den Krieg gezielt einkalkulierten, ihn zumindest billigend in Kauf nahmen, weil sie sich durch ihn ökonomische und politische Vorteile versprachen. Tatsache ist ferner, dass die Niederlage des kaiserlichen Deutschland komplett und eindeutig war, obwohl fremde Truppen das Land nicht besetzt hatten. Diese Wahrheiten wurden in Abrede gestellt. In zunehmendem Maße wurde „der Jude“ für den „unglücklichen“ Verlauf des Krieges und dessen Folgen verantwortlich gemacht. Als General Paul v. Hindenburg am 18. November 1919 vor dem Untersuchungsausschuss der Nationalversammlung das Wort vom „Dolchstoß“ gebrauchte, wurde dies sofort von der gesamten nationalen Rechten aufgegriffen. „Der Jude“ sei es letztlich gewesen, der dem auf dem Schlachtfeld unbesiegt gebliebenen deutschen Heer in den Rücken gefallen sei. Der Antisemitismus wurde das entscheidende ideologische Bindeglied der verschiedenen, sich oftmals bekämpfenden nationalistischen und völkischen Gruppierungen, die gemeinsame ideologische Plattform für den Kampf gegen die parlamentarisch-demokratische Neuordnung.

Nach dem Ersten Weltkrieg entstand in Deutschland eine Vielzahl antisemitischer Gruppierungen, die das Land mit ihrer Propaganda geradezu überschwemmten, wobei die antisemitischen Agitatoren besonders zwei Zielgruppen im Auge hatten: zum einen die akademische Jugend an den Gymnasien, Hochschulen und Universitäten und zum anderen die zahlreichen Freikorpsoldaten. Die akademische Jugend war nach dem

Ersten Weltkrieg zu einem großen Teil nationalistisch und konservativ orientiert und daher empfänglich für eine derartige Propaganda. Dies gilt in noch stärkerem Maße für die Freikorpsoldaten, die verbittert von den Schlachtfeldern des Krieges zurückgekehrt waren, in eine Heimat, in der sie sich nicht mehr zurechtfinden. Im Antisemitismus fanden sie eine einfache und allumfassende „Erklärung“ für die ganze Misere. Die Freikorps waren zudem ein bedeutender innenpolitischer Machtfaktor und daher für die antisemitischen Agitatoren von besonderem Interesse. Die Verbindung von soldatischer Militanz mit dem „Erklärungsmodell“ Antisemitismus sollte für die Entwicklung der Weimarer Republik verhängnisvolle Folgen haben.

Zu den bedeutendsten antisemitischen Organisationen im Nachkriegsdeutschland zählten der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund (DVSTB) und die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP). Hitler selbst nahm für sich und die NSDAP in Anspruch, den Antisemitismus „zum treibenden Motiv einer großen Volksbewegung“ gemacht zu haben.⁷ Die NSDAP, letztlich eine Schöpfung der antisemitischen Thule-Gesellschaft,⁸ war dank Hitler Volksbewegung, Partei und Wehrverband in einem. Die spezifische Ausformung der NSDAP vollzog sich in Anlehnung an völkische und nationalistische Gruppierungen und in bewusster Konkurrenz zu ihnen, wobei es Hitler schließlich gelang, den Nationalsozialismus zur beherrschenden Organisation im völkisch-antisemitischen Lager zu machen. Hitler hatte den Antisemitismus zum alles überlagernden Moment der Propaganda der NSDAP gemacht. Zugleich hatte er schon früh insbesondere über Ernst Röhm⁹ den Kontakt zu den Wehrverbänden und Freikorps gesucht und mit der Sturmabteilung (SA) „eine Organisation rücksichtslosester Kraft und brutalster Entschlossenheit“ geschaffen.¹⁰ Die Verbindung von Antisemitismus mit den Freikorps vollzog sich in Bayern vor allem in und über die NSDAP.

Die SA besaß von Anfang an einen Doppelcharakter: Sie sollte als Parteitruppe den Schutz von Versammlungen übernehmen, zugleich war sie nach dem Vorbild der paramilitärischen Wehrverbände organisiert. Man erhoffte sich einen über den Parteischutz weit hinausgehenden Einsatz für die Zukunft. Die SA wurde dann auch nach einer Vereinbarung zwischen Hitler und Kapitän Hermann Ehrhardt von dessen Offizieren aufgebaut und militärisch geschult.¹¹ Der erste SA-Führer, Marineleutnant a. D. Hans-Ulrich Klitzsch, wurde Hitler ebenfalls von Ehrhardt zur Verfügung gestellt. Auf Drängen von Röhm schlossen sich ferner die in Bayern operierenden Wehrverbände zum „Kampfbund“ zusammen, dessen politischer Leiter seit dem 25. September 1923 Hitler war.

Zugleich suchte Hitler den Kontakt zur rechtsradikalen, antisemitischen Bewegung in Norddeutschland. Hier stellten das Freikorps Roßbach, die Marinebrigade Ehrhardt und der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund die Kader der rechtsradikalen Bewegung. Das erste Mal war Hitler zusammen mit seinem Mentor Dietrich Eckart

anlässlich des Kapp-Putsches im März 1920 nach Berlin geeilt, „um in die Ereignisse einzugreifen“. Aufgrund der Unruhen musste das Flugzeug jedoch schon bei Jüterbog landen, wo streikende Arbeiter Hitler an der Weiterfahrt hinderten.¹² Als er in Berlin eintraf, war der Kapp-Putsch bereits beendet. Dennoch hatte der Besuch einige Bedeutung. Hitler lernte General Erich Ludendorff kennen, den Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes Heinrich Claß¹³ und im Hause des Grafen Ernst zu Reventlow den Freikorpsführer und späteren SA-Führer Ost Walther Stennes.

Als Hitler im März 1921 zum zweiten Mal nach Berlin fuhr, traf er sich abermals mit Stennes und hatte während seines sechswöchigen Aufenthaltes eine Reihe von Kontakten zu einflussreichen Berliner Rechtsradikalen. Von Bedeutung war dabei auch die Bekanntschaft mit dem ehemaligen Siemens-Ingenieur Dr. Emil Ganser, der ihm mehrere Vorträge im vornehmen „Nationalen Klub“ arrangierte, wo Hitler dann auch den späteren Vorsitzenden der Deutschvölkischen Freiheitspartei (DvFP) Albrecht v. Graefe kennenlernte.¹⁴ Das erste Mal sprach Hitler am 23. Mai 1922 im „Nationalen Klub“. Schon am 8. Oktober 1921 hatte dort eine Besprechung in kleinerem Kreis stattgefunden, in deren Verlauf Hitler in wesentlichen Teilen darlegte, was er nach der Machtübernahme in die Wirklichkeit umsetzen wollte. Selbst das Wort „Konzentrationslager“ gebrauchte er bereits.¹⁵

Den entscheidenden Durchbruch erzielte Hitler aber auf dem „Deutschen Tag“ in Coburg am 14. und 15. Oktober 1922. Die „Deutschen Tage“ sollten eine alljährliche Heerschau der nationalen und völkischen Verbände sein, die der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund organisierte. Doch waren die Deutschvölkischen auf dem ersten „Deutschen Tag“ vom 1. bis 3. Oktober 1920 in Weimar und dem zweiten vom 14. bis 17. Oktober 1921 in Detmold weitgehend unter sich geblieben. Hitler hatte es zunächst abgelehnt, einer Einladung des Schutz- und Trutzbundes zum „Deutschen Tag“ in Detmold zu folgen oder andere führende Nationalsozialisten zu entsenden. Nun hielt er aber die Zeit für gekommen, die Macht und Geschlossenheit seiner Bewegung auch außerhalb Bayerns zu demonstrieren. Coburg, dessen Bevölkerung überwiegend sozialistisch eingestellt war, bot dazu willkommenen Anlass. Die Schutz- und Trutzbund-Führung hatte Hitler und die Nationalsozialisten zum dritten „Deutschen Tag“ in Coburg dann auch mit dem erklärten Ziel eingeladen, den Anhängern zu demonstrieren, „wie man Stoßtrupps aufzieht und durch eigene Kraft den Mob im Zaume hält“.¹⁶

Hitler hatte sich auf seinen ersten Auftritt außerhalb Münchens gut vorbereitet. Mit 600 bis 700 SA-Männern kam er nach Coburg angereist, marschierte mit seiner Truppe demonstrativ durch die Innenstadt und ließ den örtlichen Widerstand buchstäblich niederknüppeln. Das machte Eindruck auf die versammelten völkischen und nationalen Honoratioren, waren doch zuvor zahlreiche „vaterländische“ Versammlungen von sozialistischen Arbeitern auseinanderjagt worden. Die Coburger Ereignisse waren für viele Völkischen das Signal zum Übertritt in die NSDAP.¹⁷

Zugleich konnte Hitler in Coburg wichtige Kontakte zu Rechtsradikalen in Norddeutschland knüpfen. Er begegnete hier zum ersten Mal dem Lüneburger Rechtsanwalt Dr. Adalbert Volck, der in der rechtsradikalen Bewegung Norddeutschlands eine wichtige Rolle spielen sollte.¹⁸ Erich Bade,¹⁹ der den „Gau Mecklenburg“ des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes leitete, hatte sich in Coburg mit Kapitänleutnant Alfred Hoffmann²⁰ und SA-Führer Hans-Ulrich Klintzsch und mit Alfred Rosenberg beraten. Kurz darauf gründete er die erste örtliche Sturmabteilung in Schwerin.²¹ Die Ortsgruppen des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes vertrieben neben anderen antisemitischen Flugblättern und -schriften auch den *Völkischen Beobachter* der NSDAP.

In Coburg war auch der Leutnant a. D. Kurt Oskar Bark,²² vormals Ordonnanzoffizier im Freikorps Roßbach, an Hitler herangetreten, um ihn für die Arbeit der Roßbachschen Organisation zu interessieren.²³ Roßbach verfügte zu diesem Zeitpunkt über ca. 8000 Mitglieder. Eine Anbindung dieser Organisation an die Hitlerpartei versprach beiden Seiten große Vorteile. Unmittelbar nach dem Coburger Treffen wurde Roßbach Mitglied der NSDAP und gründete in Norddeutschland zahlreiche Ortsgruppen, darunter auch eine am 19. November 1922 in Berlin.²⁴ Das Coburger Treffen hatte entscheidend die Verbindung zwischen der Hitlerbewegung in Bayern und der völkisch-antisemitischen Bewegung in Norddeutschland hergestellt.

Auch wenn Hitler für sich und die NSDAP in Anspruch nahm, den Antisemitismus zu einer Volksbewegung gemacht zu haben, so war es doch der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund, der in noch stärkerem Maße zur Verbreitung des Antisemitismus in Deutschland beitrug. Hitler aber erntete die Früchte der deutschvölkischen Propagandaarbeit.

Der Deutsche Schutz- und Trutzbund, der nach dem Zusammenschluss mit dem von Ferdinand Werner geführten Deutschvölkischen Bund und dem Reichshammerbund unter Theodor Fritsch seit dem 1. Oktober 1919 Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund hieß,²⁵ war eine Schöpfung des Alldeutschen Verbandes. Seine vorrangige Aufgabe sollte die Bekämpfung des Judentums sein, das Symbol des Kampfes war das Hakenkreuz.²⁶ In seinem bereits 1912 erstmals erschienenen Buch „Wenn ich der Kaiser wär“ hatte der alldeutsche Verbandsvorsitzende Heinrich Claß die Juden als die eigentlichen Träger einer verhängnisvollen Entwicklung hin zu Demokratie, Liberalismus und sozialen Umschichtungen ausgemacht.²⁷ „Der Jude“ sei der Führer und Vertreter der „verderblichen Masseninstinkte“; die Demokratie bezeichnete Claß als „Wahngedanken“.²⁸ Statt der „undeutschen Demokratie“, deren Nutznießer allein der Jude sei, empfahl Claß die Diktatur unter einem starken Führer.²⁹ Die „sozialistische Irrlehre“ sei ebenso jüdischen Ursprungs wie der pazifistische Wahn.³⁰ Überall wirke „der Jude“ seinem Wesen entsprechend zersetzend, verhöhne alles, was dem Deutschen heilig sei wie Thron und Vaterland; sein besonderer Hass gelte aber

„dem Heere, weil es die letzte Stütze der Staatsmacht ist“.³¹ „Was ist diesen Heimat- und Staatslosen Vaterland und Staat? Was kriegerische Zucht? Was die Monarchie?“³²

Aufgrund ihrer Zersetzungsarbeit während des Krieges, so Claß weiter, hätten die Juden eine derartig hohe Schuld auf sich geladen, dass nun mit äußerster Härte gegen sie vorgegangen werden müsse. Die „deutsche Sittlichkeit und Kultur“ könne nur wieder hergestellt werden, „wenn den Juden endgültig die Gelegenheit zu schädlicher Einwirkung genommen wird“.³³ Da der Alldeutsche Verband zu viele andere Aufgaben habe, wurde speziell für die Bekämpfung des Judentums der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund gegründet.³⁴ Dieser entwickelte sich rasch zu einer Massenorganisation mit 200 000 Mitgliedern,³⁵ die ganz Deutschland mit ihrer antisemitischen Propaganda überzog.

In Flugblättern und Broschüren wurden Juden als die „wahren“ Schuldigen und Urheber des Weltkrieges und des deutschen Zusammenbruchs dargestellt. Vom „Judenkrieg“, „vom Dolchstoß durch das Judentum“ und von der „Judenrevolution“ war da die Rede. Eine „antideutsche Weltkoalition“, hinter der das „internationale Judentum“ stehe, habe Deutschland in den Krieg und später in die Revolution getrieben. Als Beweisstück wurden die „Protokolle der Weisen von Zion“, die angeblichen Geheimverhandlungen des ersten, 1897 in Basel veranstalteten Zionistischen Weltkongresses wiedergegeben.³⁶

Die Errichtung einer antideutschen Weltkoalition sei aber nur die eine Seite des Versuchs des internationalen Judentums, das monarchistische Deutschland zu vernichten, die Demokratisierung und Revolutionierung von innen heraus die andere. Die „skrupellose und zielbewußte Hetze“ der Juden gegen alles Deutsche habe den Siegeswillen geschwächt, sodass schließlich das monarchistische Deutschland „trotz seiner Siege“ den Krieg verlieren musste. Auf diese Weise wurde Deutschland „reif“ gemacht für die „jüdische Revolution“.³⁷ Juden wurden als die eigentlichen „Brandstifter“ und „Nutznießer“ der Revolution bezeichnet. Die Revolution sei das Werk verhetzter Spartakisten und Kommunisten gewesen, die durch jüdische Antreiber aufgestachelt worden seien. „Die Revolution ist der Stern Judas“, behaupteten die Antisemiten.³⁸ Es wurden lange Namenslisten erstellt, die belegen sollten, dass hinter den revolutionären Ereignissen Juden standen. „Die Demokratie“, so hieß es in einem Flugblatt des Bundes, „war die eigentliche Wegbereiterin zur politischen Beherrschung und wirtschaftlichen Vergewaltigung des deutschen Volkes durch das Judentum“.³⁹

Die Weimarer Republik war den Vorstellungen der Deutschvölkischen diametral entgegengesetzt, sie wurde von ihnen als „Juden-Republik“ abgestempelt. Im Frühjahr 1919 brachte der Bund eine Schrift unter dem Titel „Judas Schuldbuch“ heraus.⁴⁰ Darin wurde die „Judenrepublik“ als der Endpunkt einer verhängnisvollen Entwicklung dargestellt, als eine gerade Linie der bewussten Zersetzung seitens der Juden. „Der Jude war es, der dem Vaterlande auch hier in den Rücken fiel.“⁴¹

Als schließlich die Alliierten die Versailler Friedensbedingungen bekannt gaben, war für die Antisemiten sofort klar, dass es sich hier um einen „Judenfrieden“ handle, dass hinter den alliierten Forderungen Juden stünden. Ihr Hass richtete sich gegen die „Erfüllungspolitiker“, die ebenfalls Juden seien, gegen den „Judenapostel“ Philipp Scheidemann, gegen Matthias Erzberger, „der auch aus jüdischem Stamme sei“, sowie Walther Rathenau, der in den Schriften des Bundes gewöhnlich als „Trotzki-Rathenau“ bezeichnet wurde, als ein Mann, der den deutschen Sieg nicht gewollt und ihn bewusst hintertrieben habe und nun die „Aufrichtung der hemmungslosen Judenherrschaft über Deutschland“ anstrebe. Rathenau, „der unseren Untergang gewollt“ habe, dieser „Kandidat des Auslandes“,⁴² sei nun deutscher Wiederaufbau-Minister. Deutschland sei zum „wahren Judenparadies“ verkommen.⁴³

Hauptgeschäftsführer des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes wurde Oberleutnant a. D. Alfred Roth, der zugleich einer der unermüdlichsten Agitatoren war. Nach eigenen Angaben stand Roth allein in der Zeit bis zum 1. Juli 1920 achtzehnmal als Angeklagter vor Gericht.⁴⁴ In Stettin erklärte er auf einer öffentlichen Versammlung, die Juden „hätten die Stadtverordnetenversammlungen und die Parlamente zu Kaschemmen erniedrigt, es sei daher Pflicht und Forderung der Stunde, sie aus dem deutschen Vaterlande hinauszupeitschen, eher werde es nicht besser“. Und in Kassel führte er aus: „Wenn wir Deutschvölkischen einmal zur Macht gelangen“, dann würden „die Judengenossen“ mitsamt „der Juden nicht nur an den Pranger, sondern an den Galgen gebracht“.⁴⁵

Neben Roth waren weitere exponierte Agitatoren Andrea Ellendt, Julius Streicher und Arthur Dinter, hinzu kamen Nationalsozialisten wie Dietrich Eckart, Hermann Esser⁴⁶ und Hitler selbst. In Bayern und Franken gehörte Andrea Ellendt zu den aktivsten Schutz- und Trutzbund-Agitatoren. Am 11. Mai 1922 erklärte sie auf einer öffentlichen Versammlung der NSDAP: „Ich appelliere an Euch alle. Zeigt Mut, schließt Euch fester zusammen, die Zeit erfordert es! Wir fordern die Ausschaltung und Beseitigung der Juden. Nicht mit Worten können wir die Juden bekämpfen, wir müssen vielmehr zur Tat schreiten. Dazu seid Ihr aber alle berufen, alle die Ihr hier seid. Seid einig, wenn es gilt, Rache an den Juden zu üben!“⁴⁷

Das Vorgehen gegen Juden wurde immer wieder als Befreiungstat, als Racheakt und als Notwehr beschworen und als eine Art „Götterdämmerung“ mythisch verklärt. In Nürnberg hatte sich Julius Streicher⁴⁸ der Ortsgruppe des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes angeschlossen. Von Streicher wird berichtet, dass er nach dem Krieg „rastlos von Ort zu Ort“ zog, um die Bevölkerung „in tausend Versammlungen über die jüdische Weltgefahr aufzuklären“.⁴⁹ Innerhalb der Nürnberger Ortsgruppe gehörte Streicher dem radikalen Maerz-Flügel⁵⁰ an, der der Meinung war, dass Worte nicht mehr genügten, sondern Taten gegen Juden folgen müssten. Zielgruppe seiner Propaganda waren dabei vor allem die Arbeiter. Die Ausrichtung auf die Arbeiterschaft

war insofern von Bedeutung, als es dem DVSTB als ausgesprochen kleinbürgerlich-mittelständischer Massenorganisation außerhalb der Nürnberger Ortsgruppe kaum gelang, größere Arbeiterscharen für sich zu gewinnen.⁵¹

Die Bundesleitung des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes betrachtete die Entwicklung innerhalb der Nürnberger Ortsgruppe durchaus mit gemischten Gefühlen. Als ihr zu Ohren kam, dass der Maerz-Flügel angeblich Arbeiter anwerbe und bezahle, um durch sie Juden totschiagen zu lassen, wertete sie solch ein Vorgehen als „fragwürdiges Experiment“, das „jedenfalls zur unrechten Zeit vorgenommen würde“.⁵²

Die Auseinandersetzungen innerhalb der Nürnberger Ortsgruppe endeten schließlich damit, dass Streicher mit seinem Anhang aus dem DVSTB austrat – ohne allerdings den Kontakt zu ihm ganz aufzugeben. Im Jahr 1923 gründete er das antisemitische Wochenblatt *Der Stürmer*, das er bis 1945 herausgab. Die Artikel handelten gewöhnlich von einzelnen Juden, die mit Namen und Adressen genannt und von denen – ohne die Spur eines Beweises – behauptet wurde, dass sie sich in schändlicher Weise an deutschen Frauen und Kindern vergangen hätten. Als typisch mag folgendes Beispiel gelten. Unter den Überschriften „Der Jude Singer schändet in Wien dreißig deutsche Kinder“ und „Die Rasse der Sexualverbrecher“ schreibt der *Stürmer*-Autor: „Der Inhaber des Konditoreiladens heißt Singer. Er ist ein Jude. Er ist ein Angehöriger jener Rasse, der man schon von außen ansieht, daß sie mit tierischer widernatürlicher Sinnengier behaftet sind. Ein Angehöriger jener Rasse, die sich das planmäßige Schänden und Vernichten der nichtjüdischen Frauen- und Mädchenwelt zum Ziel gesetzt hat. Der der ‚Stürmer‘ schon in hunderten von Fällen nachgewiesen hat, daß jeder einzelne Angehörige dieser bis in den Kern verdorbenen Rasse ein Sexualverbrecher ist.“⁵³

In ähnlicher Weise polemisierte auch Artur Dinter, der dem Vorstand des DVSTB angehörte und der sich später der NSDAP anschloss.⁵⁴ Der erste Band seiner Romantrilogie „Die Sünde wider das Blut“, 1918 zuerst erschienen, erreichte bis 1921 eine Auflage von 200 000, der zweite Band „Die Sünde wider dem Geist“, 1921 erschienen, noch im selben Jahr eine Auflage von 100 000 Exemplaren.⁵⁵ Die Zielsetzung für sein Wirken beschrieb Dinter so: „Für die große und heilige Sache, für die ich kämpfe, Befreiung des Deutschtums von der Versklavung, Verelendung und Vernichtung durch das Judentum setze ich freudig auch mein Leben ein.“⁵⁶ In seinen Vorträgen und Büchern suchte er die Behauptung zu „beweisen“, dass die jüdischen Religionsschriften „Lug und Betrug und Meuchelmord an einem Christen nicht nur erlaubt, sondern in bestimmten Fällen sogar vorschreibt, und auch den Ehebruch mit einer Christin gestattet und die Christen selber als Tiere bezeichnet, die außerhalb des Gesetzes stehen, daß somit diese Gesetzesvorschriften unsittlich, verbrecherisch, gemein- und staatsgefährlich sind“.⁵⁷ Sein Fazit lautete: „Ein Deutscher, der eine Jüdin, oder eine Deutsche, die einen Juden heiratet, begeht nicht nur ein Verbrechen am deutschen Volke, sondern häuft endloses seelisches und körperliches Leid auch auf die eigenen

Kinder und Kindeskind. Furchtbar rächt sich an ihnen die Sünde wider das Blut.“⁵⁸
Zum Schluss formulierte Dinter das Ziel, das er sich stellte: Wir dürfen nicht müde werden, „zu kämpfen und zu ringen, bis diese teuflische Rasse für die Menschheit unschädlich gemacht ist“.⁵⁹

Die permanente antisemitische Propaganda seitens des DVSTB zeigte Wirkung. Vor allem in den Freikorps verbreitete sich der Antisemitismus außerordentlich schnell. Sichtbarer Ausdruck für das Eindringen völkisch-antisemitischer Ideen war das Auftauchen des Hakenkreuzes. Schon während des Kapp-Putsches im März 1920 hatten Soldaten der II. Marinebrigade Ehrhardt das Hakenkreuz als Symbol des völkischen Kampfes auf ihre Stahlhelme und Fahrzeuge gemalt und von ihren Kraftwagen herab Flugblätter des DVSTB verteilt.⁶⁰ Kontakte zwischen dem Schutz- und Trutzbund und der Ehrhardt-Brigade gab es bereits in Wilhelmshaven, wo die II. Marinebrigade Ehrhardt im Februar 1919 als Reaktion auf die dortigen Soldaten- und Matrosenunruhen gegründet wurde. Führende Mitglieder der Brigade wie Karl Tillesen⁶¹ und der ehemalige Korvettenkapitän Paul Werber gehörten in Wilhelmshaven zu den Anhängern des Bundes.⁶²

Nach der Bekämpfung kommunistischer Unruhen in Mitteldeutschland und der Niederschlagung der Münchner Räterepublik wurde die Ehrhardt-Brigade im August 1919 anlässlich des ersten Polenaufstandes nach Oberschlesien verlegt. Hier erfuhr das Freikorps eine personelle Verstärkung und eine weitere antisemitische Politisierung. Teile der Maschinengewehr-Abteilung Petersdorff,⁶³ die zuvor im Baltikum in der „Eisernen Division“ gekämpft hatte, schlossen sich der Ehrhardt-Brigade an. Agitatoren des Schutz- und Trutzbundes standen mit den jüngeren Offizieren der von Manfred v. Killinger⁶⁴ geführten Sturmkompanie in Kontakt, die nach Aussagen eines ihrer führenden Mitglieder zeitweilig einer „fliegenden Ortsgruppe“ des Bundes glich.⁶⁵ „Eine wahre Flut völkisch-antisemitischer Propagandaschriften ergoß sich über die Truppe. Der Erfolg dieser massiven Beeinflussung wurde bald sichtbar: Als die Marine-Brigade zu Beginn des Winters 1919 in die Winterquartiere verlegt wurde, prangten an den Wänden der Transportzüge unmißverständliche antisemitische Parolen und Zeichnungen. Im Döberitzer Lager bei Berlin wurde diese einseitige Politisierung fortgesetzt. [...] Die Hetze gegen die Juden stand, nach Aussage eines Brigade-Angehörigen, „im Lager in hoher Blüte“. Der Kapp-Putsch ließ die letzten der demokratischen Regierung loyal gegenüberstehenden Kräfte aus der Marine-Brigade Ehrhardt ausscheiden. Das Hakenkreuz trat endgültig neben die schwarz-weiß-rote Kokarde. Es wurde Zeichen einer politischen Gesinnung.“⁶⁶

Aber auch die Kundgebungen der Kapp-Administration trugen antisemitische Akzente. In einer letzten Verfügung ließ sie verkünden, dass die für Juden reservierten Mehllieferungen an die Arbeiterschaft verteilt würden. Im Anschluss an die Kapp-Tage kam es in Berlin zu Tötlichkeiten und Judenmisshandlungen.⁶⁷

Nachdem die Ehrhardt-Brigade nach dem Scheitern des Kapp-Putsches im September 1920 aufgelöst und die größten Teile in die Organisation Consul (O. C.) überführt worden waren, radikalisierte sich der dort herrschende antidemokratische und antisemitische Geist noch mehr. In der Satzung hieß es ausdrücklich, dass sich die O. C. als eine Geheimorganisation von „entschlossenen nationalen Männern“ die Bekämpfung des Judentums, der Sozialdemokratie sowie aller internationalen Bestrebungen zum Ziel gesetzt habe.⁶⁸

Eine ähnliche Entwicklung vollzog sich auch in den anderen Freikorps und Wehrverbänden. Sichtbarer Ausdruck der verstärkten antisemitischen Beeinflussung waren die sogenannten Arierparagrafen, die fast alle nationalistischen und militärischen Verbände einführten und nach denen es Juden und anderen „Fremdrassigen“ untersagt war, Mitglieder zu werden. Ein besonders krasses Beispiel für den antisemitischen Hass der Freikorps war das „Roßbachlied“, in dem es hieß: „Schlagt alle Juden tot/ Haut alle Juden tot/ Schlagt alle tot/Ebert und Scheidemann/ Kommen auch noch dran/ Schlagt alle Juden tot/ Schlagt alle tot.“⁶⁹

Nicht nur die Freikorps wurden von der antisemitischen Propaganda erfasst, die „Judenfrage“ spielte auch in den Parteien eine Rolle. In der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) führte sie schließlich zur Abspaltung des radikalen völkischen Flügels,⁷⁰ der sich unter der Führung von Reinhold Wulle, Albrecht von Graefe, Major a. D. Wilhelm Henning und Ernst Graf zu Reventlow am 16. Dezember 1922 in Berlin zur Deutschvölkischen Freiheitspartei (DvFP) konstituierte. Mitglied konnte nur werden, wer an Eides statt versicherte, „daß sich unter seinen und seiner Frau Eltern und Großeltern weder Angehörige der jüdischen noch der farbigen Rasse befinden“.⁷¹

Von Bedeutung für die weitere Radikalisierung und Ausbreitung des Antisemitismus waren die Kämpfe in Oberschlesien während des dritten Polenaufstandes 1921. Alle relevanten Freikorps, von denen es hieß, sie seien längst aufgelöst, waren plötzlich wieder zur Stelle und bildeten in Oberschlesien geschlossene Kampfverbände. Zu nennen sind insbesondere die ehemaligen Freikorpsangehörigen aus dem Baltikum⁷² sowie die Organisation Roßbach,⁷³ Aulock,⁷⁴ Heydebreck,⁷⁵ Pfeffer,⁷⁶ Consul,⁷⁷ Heinz⁷⁸ und das aus Bayern kommende Freikorps Oberland.⁷⁹ Die Freikorps unterstellten sich zwar formell dem Oberbefehl des Selbstschutzes-Oberschlesien (SSOS), verfolgten aber im Verlauf der dramatischen Kämpfe zunehmend ihre eigenen Ziele, sodass sich schließlich die deutsche Regierung auf Druck der Alliierten genötigt sah, die Rückführung des gesamten „nicht bodenständigen“ Selbstschutzes aus Oberschlesien anzuordnen.

Die Kämpfe in Oberschlesien und in anderen ehemaligen deutschen Ostgebieten hatten für die Entwicklung der Weimarer Republik weitreichende Folgen. In Oberschlesien lernten die Freikorpsangehörigen sich untereinander kennen. Eine Reihe organisatorischer Verbindungen wurde geknüpft. Die „Organisation Consul“ als

weitverzweigter Wehrverband entstand 1921 während der Kämpfe in Oberschlesien. Zahlreiche Deutschvölkische des Schutz- und Trutzbundes fuhren abermals nach Oberschlesien und suchten die Freikorpsangehörigen in ihrem Sinne zu beeinflussen. Allein aus der Elberfelder Jugendgruppe reiste eine Schar von knapp vierzig Jugendlichen dorthin.⁸⁰ Zu ihnen gehörten Alfred Günther, Hans Hustert, Karl Kaufmann, die in die Sturmkompanie des Bataillons Graf Bethusy-Huc eingereicht wurden und damit auch im Kontakt zur Sturmkompanie Killinger standen.⁸¹ Über Manfred v. Killinger nahmen sie Kontakt zur „Organisation Consul“ auf und wurden später selbst Aktivisten der O. C.⁸² Wenn es auch schon vorher Doppel- oder Mehrfachmitgliedschaften gab, so wurden doch vor allem in Oberschlesien die ideellen, personellen und organisatorischen Verbindungen zwischen dem Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund und der „Organisation Consul“ geknüpft, die dann wenig später zu den spektakulären Attentaten gegen führende Repräsentanten der Weimarer Republik führten.

Für die Ausbreitung des Antisemitismus in Oberschlesien waren aber nicht nur die Aktivisten des DVSTB verantwortlich, auch der Bund Oberland hatte erheblichen Anteil daran.⁸³ „Als Folge des außerordentlich schnell um sich greifenden Antisemitismus setzte in den vom Selbstschutz besetzten oberschlesischen Gebieten eine intensive antijüdische Hetze ein. Es kam zu Ausschreitungen, die sich insbesondere gegen Ostjuden richteten. Hakenkreuze prangten auf schwarz-weiß-roten Fahnen, an Uniformen, Fahrzeugen und Häusern. Lieder mit Refrains wie ‚Wir brauchen keine Judenrepublik‘ und ‚Schlagt die Juden tot‘ machten die Runde.“⁸⁴ In Oberschlesien kam auch die berüchtigte antisemitische Mörderhymne gegen Wirth und Rathenau auf, in der es in der letzten Strophe hieß: „Haut immer feste auf den Wirth!/ Haut seinen Schädel, daß es klirrt!/ Knallt ab den Walther Rathenau/ Die gottverfluchte Judensau!“

In Oberschlesien ereigneten sich zahlreiche Fememorde, die in den Reihen der Freikorps begangen wurden und die dann später zum Vorbild für ähnliche Taten in fast allen rechten Verbänden wurden.⁸⁵ In einen der Fememorde war der spätere Oberste SA-Führer Franz Pfeffer v. Salomon verwickelt.⁸⁶ Im *Völkischen Beobachter* nahm er zu diesen Morden Stellung und schilderte zugleich die Situation in Oberschlesien aus seiner Sicht: „Denn Juda war dort allmächtig. Der ungekrönte König war Herr Loebe, Breslau, Reichstagspräsident. Der militärische Oberbefehlshaber Höfer war von einem parlamentarischen deutschfeindlichen Beirat abhängig, der zu zwei Dritteln aus Juden und zu einem Drittel aus Zentrumsbonzen bestand. Das gesamte Verpflegungsgeschäft machte ein Jude. [...] Vor sich hatte man die weit übermächtigen Polen, im Rücken Severing mit Polizei und Schupo, zwischen der Bevölkerung ungezählte Polenverräter und Severingsche Geheimagenten und Lockspitzel, über dem ganzen schwebte der famose Joseph Wirth als Reichskanzler, Braun als Ministerpräsident, Ebert als Reichspräsident. So schwer war der schlesische Freiheitskampf.“⁸⁷

Der Reichsregierung wurde das Treiben der Freikorps in Oberschlesien immer suspekter. Als sie dann schließlich anordnete, dass der gesamte nicht bodenständige Selbstschutz in die Heimat zurückgeleitet werden müsse, empfanden die Freikorpsangehörigen dies als einen abermaligen Verrat. Ein Großteil zog daraufhin unter Protest ab, versteckte aber die Waffen auf Gütern befreundeter Großgrundbesitzer. In Form von ländlichen „Arbeitsgemeinschaften“ blieben einige Freikorps in Oberschlesien. So waren Einheiten des Freikorps Roßbach als Landarbeiter bei Gutsbesitzern in Trebnitz untergebracht. Hier kam es wiederholt zu schweren Zusammenstößen zwischen den Roßbachern und dem sozialdemokratischen Landarbeiter-Verband und Zivilisten,⁸⁸ was die SPD-Fraktion im Preußischen Landtag zu der Kleinen Anfrage veranlasste: „Angehörige der rechtsstehenden Parteien im Kreise Trebnitz (Schles.) haben angeblich zur Sicherung der Ernteeinbringung Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft Roßbach in den Kreis Trebnitz bringen lassen. Dieser Kreis ist einer derjenigen, die im Kapp-Putsch am meisten unter den Taten der Marinebrigade Ehrhardt gelitten haben. Die Angehörigen der Arbeitsgemeinschaft Roßbach machten sich vom ersten Tage an durch provozierendes Benehmen gegenüber der Arbeiterschaft und der verfassungstreuen Bevölkerung bemerkbar, drohten, es ähnlich zu machen wie in Pommern, den Landarbeitern den Schädel einzuschlagen und erklärten, daß sie zu gegebener Zeit nach Berlin müßten, um die Judenregierung runterzuholen.“⁸⁹

Unmittelbar nach den Kämpfen in Oberschlesien erschütterte eine Serie von Attentaten die Republik. Der jahrelang geschürte Hass entlud sich in Taten. Der Anschlag auf den früheren Reichsfinanzminister Matthias Erzberger am 26. August 1921 leitete die Serie ein. Am 4. Juni 1922 entging der frühere Reichskanzler und damalige Oberbürgermeister von Kassel Philipp Scheidemann nur knapp einem Blausäure-Attentat, und kurz darauf, am 24. Juni 1922, wurde der Außenminister Walther Rathenau das Opfer eines Mordanschlages.

Dies waren nur die spektakulärsten Attentate. Die Taten wurden Angehörigen der O. C. und deren Umfeld zur Last gelegt. Die beiden Erzberger-Mörder Heinrich Schulz und Heinrich Tillesen,⁹⁰ im Kriege zu Offizieren aufgestiegen, fühlten sich am Ende als „Enterbte“ des verlorenen Weltkrieges. Sie wurden Mitglieder der Marine-Brigade Ehrhardt und beteiligten sich am Kapp-Putsch. Danach flohen sie nach Bayern, wo sie in Regensburg eine Anstellung in der Zentralgenossenschaft des nationalistischen bayerischen Bauernvereins fanden. In dieser Zeit erfolgte die antisemitische Beeinflussung durch den Schutz- und Trutzbund. Nun glaubten sie, in der „Zersetzungsarbeit“ der Juden „den Schlüssel“ für den Niedergang und die Erschütterungen der letzten Jahre gefunden zu haben. Beide hatten einen „anonymen Befehl“ zu der Tat erhalten. Erst nach 1945 stellte sich heraus, dass dieser Befehl von Manfred v. Killinger kam.⁹¹

Die Scheidemann-Attentäter Hans Hustert und Karl Oehlschläger kamen ebenfalls

aus dem Kreis der O. C. und des DVSTB. Beide lernten sich in Oberschlesien kennen. Hustert hatte zuvor in Elberfeld, dem heutigen Wuppertal-Elberfeld, dem Schutz- und Trutzbund angehört. Elberfeld war neben München in den frühen zwanziger Jahren eine Hochburg des Rechtsradikalismus.⁹² Eine Reihe bekannter Nationalsozialisten hat hier ihre politische Laufbahn begonnen: Karl Kaufmann, Erich Koch, Viktor Lutze, Heinz Oskar Hauenstein und Joseph Goebbels. In Elberfeld machte Hustert auch die Bekanntschaft von Alfred Günther, der in der rechtsradikalen Szene nach dem Ersten Weltkrieg eine wichtige Rolle spielte⁹³ und zu diesem Zeitpunkt Vorsitzender der besonders aktiven Jugendgruppe des DVSTB in Elberfeld war, die wiederum in engem Kontakt zum Jungdeutschen Orden stand, dessen 2. Vorsitzender Viktor Lutze war, der spätere Stabschef der SA und Nachfolger von Ernst Röhm.⁹⁴ Geführt wurde der DVSTB in Elberfeld von Karl Kaufmann.⁹⁵ Im Verlauf des dritten Polenaufstandes zog aus der Elberfelder Jugendgruppe des DVSTB eine Schar von vierzig Jugendlichen nach Oberschlesien. Zu ihnen gehörten auch Hans Hustert und Alfred Günther.

In Oberschlesien lernten Hustert und Günther Karl Oehlschläger kennen, der im Weltkrieg als Offizier mehrfach ausgezeichnet wurde, danach aber nicht mehr den Weg ins zivile Leben fand. Nach eigener Aussage war Oehlschläger in der Ehrhardt-Brigade Mitglied der Sturmkompanie von Killinger⁹⁶ und gehörte zu den landwirtschaftlichen Arbeitsgemeinschaften, die Ehrhardt nach dem gescheiterten Kapp-Putsch in Oberbayern einrichtete und zu denen auch die beiden Erzberger-Mörder Schulz und Heinrich Tillessen zählten.⁹⁷ Nach dem Oberschlesien-Einsatz ging Oehlschläger zusammen mit Hustert und Günther ebenfalls nach Elberfeld und gehörte dort zum Kreis der Deutschvölkischen und O. C.-Mitglieder. Günther war neben seiner Funktion im DVSTB nun auch Leiter der O. C. in Elberfeld und koordinierte deren Aktivitäten in diesem Gebiet. Als solcher gab er dem militärischen Führer der Gesamtorganisation v. Killinger mehrfach Gelegenheit, vor deutschvölkischen Jugendgruppen des Schutz- und Trutzbundes zu sprechen.⁹⁸

Oehlschläger trat in Elberfeld eine Tätigkeit als Sicherheitsbeamter an, die ihm Günther vermittelt hatte.⁹⁹ Zu dieser Zeit bereitete Günther die Befreiung v. Killingers vor, der wegen seiner Verwicklung in den Erzberger-Mord in Offenburg in Untersuchungshaft saß. An dem Plan waren auch Hustert und Oehlschläger beteiligt.¹⁰⁰ Am 26. April 1922 reisten beide – reichlich mit Geld versehen – nach Kassel und verbrachten Wochen damit, ihr späteres Opfer, den Kasseler Oberbürgermeister Scheidemann, in seinen Lebensgewohnheiten auszuspähen. In dieser Zeit sind sie mehrfach von Alfred Günther und nach Zeugenaussage zumindest einmal von Friedrich Wilhelm Heinz¹⁰¹ in Kassel besucht worden. Am 4. Juni 1922 überfielen Hustert und Oehlschläger ihr Opfer während eines Waldspazierganges und verletzten es lebensgefährlich mit einer Gummispritze, in die Blausäure gefüllt war. Bereits im August 1922 wurden beide Attentäter in einem ober-schlesischen Waldgut gefasst¹⁰² und

am 6. Dezember 1922 vom Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik des Mordversuchs für schuldig befunden und zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Den Feststellungen des Gerichts zufolge war Oehlschläger der geistige Urheber der Tat, bei der Scheidemann „als einer der Hauptschuldigen am Umsturz 1918“ zur Rechenschaft gezogen werden sollte.¹⁰³ Beide wurden 1927 im Rahmen einer allgemeinen Amnestie begnadigt. Hustert schloss sich der NSDAP an und gehörte zur SA-Führung in Berlin um Walther Stennes.¹⁰⁴

Vergleichsweise groß war der Kreis derjenigen, die an der Ermordung Walther Rathenaus beteiligt waren. Sie kamen ebenfalls allesamt aus dem Kreis der „Organisation Consul“ und des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes. Der ehemalige Oberleutnant z. S. Erwin Kern, einer der Haupttäter, hatte als Mitglied der Marine-Brigade Ehrhardt den Kapp-Putsch mitgemacht und sich danach an zahlreichen Aktionen der „Organisation Consul“ beteiligt. Der zweite Haupttäter, Hermann Fischer, gehörte ebenfalls kurzfristig der Ehrhardt-Brigade an und hatte sich im Frühsommer 1921 an den Kämpfen in Oberschlesien beteiligt. Beide waren außerdem Mitglieder des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes.

Um die beiden Haupttäter scharte sich ein großer Kreis von Helfern, die ebenfalls Mitglieder der O. C. und des DVSTB waren. Den Wagen der Attentäter steuerte der erst 21-jährige Student Ernst Werner Techow,¹⁰⁵ der in der Sturmkompanie Killinger am Kapp-Putsch teilnahm, später der O. C. angehörte und zeitweilig Mitglied im DVSTB war. Der jüngere Bruder Hans Gerd Techow, der ebenfalls in den Mordplan eingeweiht war, spielte trotz seiner Jugend – er war erst 17 Jahre alt – in mehreren völkischen und antisemitischen Jugendverbänden in Berlin, darunter auch im Schutz- und Trutzbund, eine beachtliche Rolle.¹⁰⁶ Die Tatwaffe, eine Maschinenpistole, besorgte der als Sekretär beim Gau Mecklenburg des Schutz- und Trutzbundes angestellte Christian Ilseman. Der ehemalige Seekadett gehörte von Februar bis Oktober 1919 der Ehrhardt-Brigade an und machte dort die Bekanntschaft von Erwin Kern. Nach einem einjährigen Auslandsaufenthalt wandte sich Ilseman im Frühjahr 1922 an Kern mit der Bitte, ihm eine Beschäftigung in nationalen Kreisen zu besorgen. Kern verwies ihn an Erich Bade, den Gauleiter des Schutz- und Trutzbundes in Schwerin.¹⁰⁷ Am Tag vor der Ermordung erschienen Kern und Fischer sowie zwei weitere Begleiter in Schwerin, verbrachten den Tag in der Wohnung Bades und ließen sich von Ilseman die Maschinenpistole aushändigen.

Gegen dreizehn Personen fand zwischen dem 3. und dem 14. Oktober 1922 der Prozess vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig statt. Die beiden Haupttäter Kern und Fischer waren nach einer wochenlangen Flucht auf Burg Saaleck umgekommen.¹⁰⁸ Verurteilt wurden u. a. die Brüder Ernst Werner und Hans Gerd Techow, Waldemar Niedrig,¹⁰⁹ Christian Ilseman, Ernst von Salomon,¹¹⁰ Karl Tillessen¹¹¹ und Hartmut Plaas.¹¹²

Während der Verhandlungen vor dem Staatsgerichtshof wurde die Aufmerksamkeit auch auf die Zustände an einzelnen Berliner Gymnasien, vor allem im Südwesten Berlins, gelenkt. Ernst Werner Techow hatte das Arndt-Gymnasiums in Berlin-Zehlendorf besucht, sein jüngerer Bruder Hans Gerd war dort noch Schüler. Ein weiterer Angeklagter war der Generalsohn Heinz Stubenrauch, Schüler am Steglitzer Gymnasium, der unabhängig vom Kreis um Kern/Fischer ebenfalls den Plan entwickelt hatte, Walter Rathenau „als Schädling am deutschen Volke“ zu erschießen.¹¹³ Er hatte sich mit den „Schriften Rathenaus beschäftigt. Einige Stellen darin über den Kaiser hätten ihn erbittert und zu seinem Plan gebracht“.¹¹⁴ Von seinem Mordplan erzählte er dem Studenten Wilhelm Günther, mit dem er häufig verkehrte und der wie Stubenrauch dem „Bund der Aufrechten“ und darüber hinaus dem „Verband nationalgesinnter Soldaten“ angehörte.¹¹⁵

Günther hatte sich aktiv am Kapp-Putsch beteiligt und auch nach dem Ende des Kapp-Unternehmens in engem Kontakt zu Oberst Bauer und General Ludendorff gestanden.¹¹⁶ Vom Kapp-Putsch her kannte er die Brüder Techow und den ehemaligen Oberleutnant z. S. Erwin Kern. Über die Aktivitäten der O. C. informierte Günther auch den jungen Stubenrauch. „Über die Organisation C. hätte ihm Günther gesagt, daß ihre Hauptaufgabe die Verteidigung Oberschlesiens, Nebenaufgabe die Beseitigung von Regierungsmitgliedern sei, die sich nach Auffassung der Organisation C. ihrer Aufgabe unwürdig zeigten. Mitglieder, denen solche Aufgaben zugeteilt würden, müßten zuvor eine zweijährige Probezeit durchgemacht haben und würden dann durch das Los bestimmt.“¹¹⁷ Ebenso erzählte Günther den Gebrüdern Techow über die Mordabsichten des Stubenrauch, die wiederum Erwin Kern und den ehemaligen Offizier Hermann Fischer, der die O. C. in Sachsen leitete, informierten.¹¹⁸ Am 20. Juni 1920 holte Günther „Stubenrauch von der Schule ab und erzählte ihm, es seien zwei Leute von der O. C. im Steglitzer Ratskeller, die mit ihm über seine Pläne sprechen wollten“. Bei diesen handelte es sich um Erwin Kern und Hermann Fischer, die Stubenrauch jedoch von seinem Plan abriet, da er zu unerfahren sei. Er „würde zu kleineren Aufgaben verwendet werden“.¹¹⁹

Diese Verbindungen hatte einer der beisitzenden Richter, der frühere Reichskanzler und Zentrumspolitiker Constantin Fehrenbach vor Augen, als er während der Verhandlungen in Leipzig von den Zuständen an einigen Berliner Schulen sprach, die seiner Ansicht nach „geradezu gemeingefährlich für Deutschland zu werden drohten“.¹²⁰ Er fand es charakteristisch für die Situation an manchen Berliner Schulen, dass Stubenrauch gänzlich unbehelligt auch dann noch im Steglitzer Gymnasium bleiben konnte, als seine Verwicklung in den Meuchelmord längst bekannt war.¹²¹ „Der Direktor und das Lehrerkollegium des Steglitzer Gymnasiums haben an der Tatsache, daß einer ihrer Schüler in der Zeit, wo er seine Schularbeiten hätte machen sollen, Mordpläne ausarbeitete und mit den Mördern Rathenaus im Steglitzer Ratskeller die

erfolgreichsten Verbrechermethoden besprach, offenbar nicht den mindesten Abstand genommen“, schrieb das *Berliner Tageblatt*.¹²² Nach Fehrenbach soll Stubenrauch auch in Schülerkreisen über seine Mordpläne gesprochen haben.¹²³ Stadtschulrat Dr. Anders (DNVP) wies die Anschuldigungen des Besitzers des Staatsgerichtshofes über „angeblich das deutsche Volk gefährdende Zustände an den höheren Schulen“ in Steglitz zurück. Die Schule könne nicht „als Quelle solch betrüblicher Verwirrungen“ verantwortlich gemacht werden.¹²⁴

Welcher „Geist“ tatsächlich speziell am Steglitzer Gymnasium herrschte, zeigen die Ausführungen des Direktors Dr. Fritz Sommer aus dem Jahr 1936, die nicht nur als Anpassung an die neuen Machtverhältnisse zu verstehen sind. „Ebenso bezeichnend für den Geist unserer Schule, der mit kämpferischer Entschlossenheit von Anfang an gegen marxistische Wahnideen Front machte, war folgender Vorfall aus dem Beginn des Jahres 1919. Der Schüler der Oberprima Liebknecht, des Kommunistenführers älterer Sohn, war seit Monaten der Schule ferngeblieben, um als junger Revolutionär mitzuhelfen bei der tiefsten Demütigung seines Vaterlandes. Damit hatte er sich nach der Meinung seiner Kameraden selbst aus ihrer Gemeinschaft, die völlig anders dachte und fühlte, ausgeschaltet. Auch der Schulleiter war keineswegs gewillt, einen derart belasteten Schüler in seine Anstalt wieder aufzunehmen. Der Befehl des Ministers zwang ihn jedoch dazu. Da griffen unsere braven Jungen zur Selbsthilfe und blieben im Einverständnis mit ihren Eltern dem Unterricht fern, sie streikten.“ Die „braven“ Schüler seien erst wieder zum Unterricht zurückgekehrt, als Liebknecht nach bestandener Reifeprüfung die Schule verlassen hatte.¹²⁵

Für den „gesunden Sinn“ der Schüler sprach nach Ansicht von Dr. Sommer auch, dass sie sich mit übergroßer Mehrheit gegen einen Erlass des Kultusministers vom 27. 11. 1918 ausgesprochen hätten, der forderte, die Jugend von „dem Ungeist der toten Unterordnung“ und „von allen sinnlosen und verrotteten Resten einer überlebten Zeit“ zu befreien. „Niemand waren wir geknechtet“, hätten die Schüler erklärt und die in diesem Erlass vorgesehene Bildung eines Schülerrats und anderer demokratischer Errichtungen abgelehnt.¹²⁶ Die „nationale Tradition“ der Schule sei stets gepflegt worden.¹²⁷ „An vaterländischen Gedenktagen haben wir, soweit das in damaliger Zeit nur irgend zugänglich war, die Begeisterung unserer Jungen für die Großtaten unseres deutschen Volkes wach gehalten.“¹²⁸ Die Ausführungen enden mit der Feststellung: „Als am 30. Januar 1933 der greise Feldmarschall von Hindenburg den jugendlichen nationalsozialistischen Führer Adolf Hitler die Hand zum Bunde reichte, war Deutschland erwacht und geeint. Das war der Tag, an dem wir an unserer Schule die ruhmbedeckte Fahne schwarz-weiß-rot aus ihrem Versteck hervorholten, um sie in brüderlicher Gemeinschaft mit dem Symbol der nationalsozialistischen Bewegung, dem Hakenkreuzbanner, stolz zu zeigen.“¹²⁹

Die Erklärungen des Schuldirektors geben besonders deutlich jene Einstellungen

wieder, die nach dem Ersten Weltkrieg an zahlreichen Berliner Gymnasien manifest waren. Dies belegen auch andere Quellen. An vielen Schulen herrschte – wie auch an der Berliner Universität – eine ausgesprochen konservative, gegen „Weimar“ gerichtete Stimmung. Als im März 1920 die Ehrhardt-Brigade in Berlin einmarschierte und damit den Kapp-Putsch auslöste, wurden an mehreren Berliner Schulen sogleich die alten Gipsbüsten der Kaiserzeit aus den Kellern geholt und wieder aufgestellt.¹³⁰ Die Berliner Studentenvertretung begrüßte mehrheitlich den Staatsstreich.¹³¹

In dieser Atmosphäre fanden die Parolen des Schutz- und Trutzbundes und anderer antisemitischer Verbände eifrige Anhänger an den Berliner Gymnasien und der Universität, bis schließlich in diesen Kreisen Mordpläne gegen einzelne Minister kursierten. „Der jüdische Minister Rathenau galt in den nationalen Kreisen, insbesondere bei der Jugend, mit Recht als der oberste Vollstrecker der Pläne des Weltjudentums“, schrieb der spätere nationalsozialistische Staatskommissar von Berlin, Dr. Lippert, damals noch Student in Berlin. Deshalb sei auch – so Lippert – unter rechtsgerichteten Berliner Studenten ganz offen davon gesprochen worden, dass als nächster nun Rathenau „drankommen“ müsse.¹³²

Unmittelbar nach dem Rathenau-Mord erließ die Reichsregierung eine Verordnung zum Schutz der Republik, die am 18. Juli 1922 als Gesetz vom Reichstag bestätigt wurde. Aufgrund dieses Gesetzes wurden zahlreiche Rechtsorganisationen verboten, darunter die „Organisation Consul“ und – außer in Bayern und Württemberg – auch der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund. Die Verbote leiteten den Zerfall und das Ende der bis dahin mitgliederstärksten antisemitischen Organisation in Deutschland ein; zahlreiche Funktionäre und Mitglieder des DVSTB setzten jedoch in der NSDAP die begonnene Arbeit fort.¹³³ Ebenso schlossen sich viele Aktivisten der O. C. und anderen Freikorps der NSDAP und SA an. Der in der Frühphase der Weimarer Republik geschürte Antisemitismus nahm seinen verhängnisvollen Lauf.

- 1 Die Zahlenangaben schwanken in der Literatur.
- 2 Walther Stennes beispielsweise bezeichnete sich als „rechten Monarchisten“. Vgl. Charles Drage, Als Hitler nach Canossa ging: Biografie des Walther Stennes, Berlin 1982, S. 65. Ähnliches kann auch über die Freikorpsführer Peter v. Heydebreck, Hubertus v. Aulock, Heinz v. Petersdorff, Gerhard Roßbach oder Hauptmann v. Medem gesagt werden. Vgl. Friedrich Wilhelm v. Oertzen, Die deutschen Freikorps 1918–1923, München 1936, S. 18.
- 3 Edgar v. Schmidt-Pauli, Geschichte der Freikorps 1918–1924, Stuttgart 1936, S. 22.
- 4 Peter v. Heydebreck, späterer Freikorpsführer und SA-Führer von Stettin, schilderte die Rückkehr seines Bataillons von der Westfront in die Heimat so: „Und wir marschierten [...] vorüber an Judenbengels, die in unser Ehrenkleid gesteckt als Drahtzieher und Hetzer fungierten; alles Erscheinungen, die die Front nicht kannte. [...] Kerle im feldgrauen deutschen Rock, belgisches Gesindel, Männer und Weiber, Frantireurs von 1914 in langen Reihen untergehakt [...]. Höhe der Würdelosigkeit, blutigster Hohn, pfui Deiwel! Da hatten wir die Scheu überwunden, auch auf Deutsche zu schießen.“ Peter v. Heydebreck, Wir Wehrwölfe. Erinnerungen eines Freikorpsführer, Leipzig 1931, S. 31 f.
- 5 Ernst v. Salomon, Der Fragebogen, Hamburg 1951, S. 131.

- 6 Uwe Lohalm, *Völkischer Radikalismus. Die Geschichte des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes 1919–1923*, Hamburg 1970, S. 75 f.
- 7 Adolf Hitler, *Mein Kampf*, München 1939, S. 628.
- 8 Die Thule-Gesellschaft forderte die Errichtung eines großdeutschen Staates und bekannte sich zur „rassischen Überlegenheit“ der Deutschen und zum scharfen Antisemitismus und Antikommunismus. Das Symbol der Thule-Gesellschaft war das Hakenkreuz. Vgl. Werner Maser, *Der Sturm auf die Republik. Frühgeschichte der NSDAP*, Stuttgart 1973, S. 146 ff. Rudolf v. Sebottendorf, *Bevor Hitler kam: Urkundliches aus der Frühzeit der nationalsozialistischen Bewegung von Rudolf v. Sebottendorf*, München 1934, S. 60 ff.
- 9 Zu Röhm siehe dessen Memoiren: *Die Geschichte eines Hochverrätters*, München 1928, sowie Peter Longerich, *Die braunen Bataillone. Geschichte der SA*, München 1989, S. 15–22.
- 10 Hitler über den Ausbau der NSDAP, in: Albrecht Tyrell, *Führer befahl ... Selbstzeugnisse aus der „Kampfzeit“ der NSDAP*, Bindlach 1991, S. 50.
- 11 Vgl. Longerich, *Die braunen Bataillone*, S. 24.
- 12 Vgl. Julek Karl v. Engelbrechten/Karl Volz, *Wir wandern durch das nationalsozialistische Berlin. Ein Führer durch die Gedenkstätten des Kampfes um die Reichshauptstadt*, München 1937, S. 31.
- 13 Zu dieser Begegnung schreibt Kruck: „Diese Tatsachen sind es offenbar gewesen, die Hitler 1920, nachdem er sich in der NSDAP durchgesetzt hatte, veranlaßten, Claß in Berlin aufzusuchen. Vielleicht empfand er überdies ein starkes inneres Bedürfnis, diesen Mann, dem er geistig so viel verdankte, endlich einmal persönlich gegenüberzustehen. In der überschwenglichen Art, die ihm in seinen jungen Jahren zu eigen war, küßte Hitler dem Justizrat die Hände und bekannte sich als seinen treuen Schüler.“ Alfred Kruck, *Geschichte des Alldeutschen Verbandes 1890–1939*, Wiesbaden 1954, S. 192.
- 14 Vgl. Tyrell, *Führer befiehlt ...*, S. 15. Diese Angabe ist nicht eindeutig, weil die Quelle, auf die Tyrell sich bezieht, die Aussage nicht enthält.
- 15 Vgl. Engelbrechten/Volz, *Wir wandern durch das nationalsozialistische Berlin*, S. 53.
- 16 Zitiert nach Lohalm, *Völkischer Radikalismus*, S. 289.
- 17 So u. a. Martin Mutschmann, der spätere Gauleiter und Reichsstatthalter der NSDAP in Sachsen, und der Lüneburger Rechtsanwalt Dr. Adalbert Volck. Vgl. ebenda, S. 317 und 325.
- 18 Als die NSDAP nach dem gescheiterten Putsch vom November 1923 im gesamten Reich verboten wurde, schlossen sich viele Nationalsozialisten der DvFP unter Graefe an. Adalbert Volck gründete dagegen die „Nationalsozialistische Arbeitsgemeinschaft“ in Norddeutschland, die Hitler „die Treue“ hielt. Vgl. Beate Behrens, *Mit Hitler zur Macht. Aufstieg des Nationalsozialismus in Mecklenburg und Lübeck 1922–1933*, Rostock 1998.
- 19 Erich Bade, außerdem Mitglied der O. C., gehörte später zu den Mitbegründern von NSDAP und SA in Mecklenburg. Vgl. ebenda, S. 21.
- 20 Kapitänleutnant Alfred Hoffmann war ebenso wie Hans-Ulrich Klintzsch ein Ehrhardt-Mann. Er wurde später Stabschef der SA unter SA-Führer Hermann Göring, der die Nachfolge von Klintzsch übernahm.
- 21 Vgl. Behrens, *Mit Hitler zur Macht*, S. 21.
- 22 Kurt Oskar Bark war als einer der Führer der Sturmabteilung Roßbach am Marsch ins Baltikum beteiligt. Die Erfahrungen hat er später zusammengefasst: *Roßbachs Marsch ins Baltikum*, in: Ernst v. Salomon (Hrsg.), *Das Buch vom Freikorpskämpfer*, Berlin 1938, S. 202–206. Er gehörte zu den Gründungsmitgliedern von Roßbachs „Großdeutscher Arbeiterpartei“ und organisierte unter Roßbachs Leitung innerhalb der „Deutschvölkischen Freiheitspartei“ die völkischen Turnerschaften. Später schloss er sich der SA an.
- 23 Vgl. Behrens, *Mit Hitler zur Macht*, S. 17 f.
- 24 Vgl. Bernhard Sauer, *Gerhard Roßbach – Hitlers Vertreter für Berlin. Zur Frühgeschichte des Rechtsradikalismus in der Weimarer Republik*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG)* 50 (2002), S. 5–21, hier S. 17.

- 25 Vgl. Lohalm, Völkischer Radikalismus, S. 55 f. und 81 ff.
- 26 Vgl. Kruck, Geschichte des Alldeutschen Verbandes, S. 132.
- 27 Daniel Frymann (Heinrich Claß), Wenn ich der Kaiser wär' – Politische Wahrheiten und Notwendigkeiten, Leipzig 1925, S. 192 ff.
- 28 Ebenda, S. 192 und 214.
- 29 Ebenda, S. 166 und 221.
- 30 Ebenda, S. 212.
- 31 Ebenda, S. 190.
- 32 Ebenda, S. 32.
- 33 Ebenda, S. 212.
- 34 Vgl. Kruck, Geschichte des Alldeutschen Verbands, S. 131 f.
- 35 Vgl. Lohalm, Völkischer Radikalismus, S. 89 f. Kruck gibt dagegen 300 000 Mitglieder an, S. 132.
- 36 Vgl. Lohalm, Völkischer Radikalismus, S. 178. Die „Protokolle“ erschienen zuerst unter dem Titel „Die Geheimnisse der Weisen von Zion“ und sollten die angeblichen jüdischen Geheimpläne zur Errichtung einer Weltherrschaft enthüllen.
- 37 Vgl. Lohalm, Völkischer Radikalismus, S. 179.
- 38 Vgl. ebenda, S. 182.
- 39 Zitiert nach ebenda, S. 179.
- 40 Vgl. ebenda, S. 180.
- 41 Zitiert nach ebenda, S. 179.
- 42 So der Titel einer Schrift, die der Hauptgeschäftsführer des Bundes Alfred Roth herausgab.
- 43 So Hitler in einer Rede vom 20. 4. 1923. Ähnlich argumentierte auch der Bund. Vgl. Lohalm, Völkischer Radikalismus, S. 301 und 435.
- 44 Vgl. ebenda, S. 240.
- 45 Zitiert nach ebenda, S. 224 f.
- 46 Hermann Esser, ein enger Vertrauter von Hitler, war einer der bekanntesten nationalsozialistischen Propagandisten, der einen radikalen Antisemitismus vertrat. Er war in den Schutz- und Trutzbund-Gruppen Westdeutschlands ein häufiger Redner.
- 47 Zitiert nach Lohalm, Völkischer Radikalismus, S. 225.
- 48 Julius Streicher gründete nach dem Austritt aus dem Schutz- und Trutzbund in Nürnberg eine Gruppe der Deutschsozialistischen Partei (DSP), die sich im Oktober 1922 der NSDAP anschloss. 1925 wurde er zum Gauleiter der NSDAP von Franken ernannt. In dieser Funktion kam er nach 1933 zu einem beträchtlichen Vermögen, indem er in seinem Machtbereich wahllos Juden enteignete, die er in Konzentrationslager befördern ließ. Streicher galt als brutal, derb und primitiv. In den Nürnberger Prozessen wurde er 1946 zum Tode verurteilt.
- 49 Philipp Bouhler, Kampf um Deutschland, München 1938, S. 83.
- 50 Benannt nach dem Zivilingenieur Karl Maerz, der einen besonders radikalen Antisemitismus vertrat.
- 51 Vgl. Lohalm, Völkischer Radikalismus, S. 113 f. und 308 f.
- 52 Ebenda, S. 114.
- 53 Der Stürmer, Nr. 6, 1933. Solch ein Verhalten – so führt der „Stürmer“ weiter aus – sei verständlich, „wenn man die Judenfrage kennt und wenn man weiß, nach welchen Geheimgesetzen der Jude erzogen ist. Im Talmud, dem jüdischen Geheimgesetzbuch steht geschrieben, daß der Nichtjude nicht zu den Menschen, daß er zu den Tieren zu rechnen sei“. Ein anderes Gesetz – so der „Stürmer“ – sei das „Kinderschände-gesetz“, nach dem angeblich der Jude Singer verfuhr: Im Talmud stehe geschrieben: „,Wenn ein nicht-jüdisches Mädchen drei Jahre und einen Tag alt ist, so ist es für den Juden zum Beischlaf geeignet.““
- 54 Artur Dinter (1876–1948) wurde 1925 von Hitler zum Gauleiter der NSDAP von Thüringen ernannt, überwarf sich dann aber mit ihm und wurde 1928 aus der Partei ausgeschlossen.

- 55 Vgl. Lohalm, *Völkischer Radikalismus*, S. 126.
- 56 Artur Dinter, *Lichtstrahlen aus dem Talmund*, Berlin 1919, S. 4.
- 57 Ebenda.
- 58 Artur Dinter, *Sünde wider das Blut*, Leipzig 1919, S. 245.
- 59 Ebenda, S. 273.
- 60 Vgl. Lohalm, *Völkischer Radikalismus*, S. 191.
- 61 Karl Tillessen wurde 1891 in Köln geboren. Nach dem Krieg schloss er sich der Brigade Ehrhardt an und beteiligte sich am Kapp-Putsch. Als führendes Mitglied der O. C. plante er nach Aussage von Alfred Günther den Anschlag auf den Kasseler Oberbürgermeister Philipp Scheidemann. Auch am Rathenau-Mord war Tillessen beteiligt; er wurde zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Am 1. 5. 1933 trat Karl Tillessen der NSDAP und am 5. 10. 1933 der SS (Mitglieds-Nr. 131861) bei. Siehe auch Bernhard Sauer, *Schwarze Reichswehr und Fememorde. Eine Milieustudie zum Rechtsradikalismus in der Weimarer Republik*, Berlin 2004, S. 100.
- 62 Vgl. Lohalm, *Völkischer Radikalismus*, S. 217 f.
- 63 Heinz v. Petersdorff wurde 1931 kurzfristig SA-Führer in Berlin. Bernhard Sauer, Goebbels' „Rabauken“. Zur Geschichte der SA in Berlin und Brandenburg, in: *Jahrbuch des Landesarchivs Berlin* (2006), S. 107–164, hier S. 130.
- 64 Manfred v. Killinger, geb. 1886, wurde nach dem Krieg Führer des Sturmbataillons im Freikorps Ehrhardt, nach dessen Auflösung Leiter der militärischen Abteilung des Geheimbundes O. C. und 1921 Führer der Ehrhardt-Leute in Oberschlesien. 1928 trat er zur NSDAP über und wurde Führer der SA in Mitteldeutschland und sächsischer Landtagsabgeordneter, später SA-Gruppenführer Sachsen. 1932 gehörte er der NSDAP-Reichstagsfraktion an. 1944 nahm sich v. Killinger in Bukarest das Leben.
- 65 Vgl. Lohalm, *Völkischer Radikalismus*, S. 218.
- 66 Ebenda.
- 67 Vgl. ebenda, S. 191.
- 68 Vgl. Denkschrift des preußischen Innenministers Severing vom 17. 3. 1926 an den Untersuchungsausschuss des Reichstages über Feme-Organisationen und Feme-Morde, Anlage II, Erste (vorläufige) Zusammenfassung über Geschichte und Entwicklung der Rechtsverbände, I. Teil, S. 18 f.
- 69 Zitiert nach Lohalm, *Völkischer Radikalismus*, S. 217.
- 70 Die Abspaltung erfolgte schrittweise. Ein erster Schritt war die Gründung des „Deutschen Herold, Bund der Vorkämpfer für deutschvölkisches Zeitungswesen und völkische Politik“, der als eigene politische und organisatorische Plattform innerhalb der DNVP diente. Aufgabe des „Deutschen Herold“ sollte es sein, darüber „aufzuklären“, dass „das Judentum der schlimmste Feind des Deutschtums sei“. „Dem Juden“ sei es gelungen, eine Reihe von Zeitungen unter seine Kontrolle zu bringen. Die Verführung der Arbeiterschaft sei ebenso das Werk „volksfremder Juden“, wie sie allein der Nutznießer des Umsturzes, der Revolution und all der „schönen Einrichtungen“ der „jüdischen Republik“ seien. Dem wolle der „Deutsche Herold“ entgegenreten. Vgl. *Wegweiser für den Deutschen Herold e. V.*, Staatsarchiv Potsdam, 848/90, Pr. Br. Rep. 2 A I Pol. Nr. 114, S. 8–21.
- 71 Text des Mitgliedsausweises der DvFP in: Landesarchiv Berlin (LAB), Rep. 58 Nr. 38, Bd. I, Bl. 33.
- 72 Die bedeutendsten deutschen Freiwilligenformationen im Baltikum waren die „Eiserne Division“ unter Major a. D. Josef Bischoff, die Freikorps des Hauptmanns Cordt von Brandis und des Grafen Eulenberg sowie das Freikorps des Hauptmanns Franz Pfeffer v. Salomon und das Freikorps von Medem. Zu den Kämpfen der deutschen Freikorps im Baltikum vgl. Bernhard Sauer, *Vom „Mythos eines ewigen Soldatentums“*. Der Feldzug deutscher Freikorps im Baltikum im Jahre 1919, in: *ZfG* 43 (1995), S. 869–902.
- 73 Benannt nach dem Freikorpsführer Gerhard Roßbach (geb. 1893), der zu den wichtigsten Personen der rechtsradikalen Bewegung in Norddeutschland in den frühen zwanziger Jahren zählte. Zu Roßbach siehe Sauer, *Gerhard Roßbach – Hitlers Vertreter für Berlin*, S. 5–21.

- 74 Benannt nach dem Freikorpsführer Hubertus von Aulock (geb. 1891). Von Aulock war maßgeblich am Kapp-Putsch in Schlesien (Breslau) beteiligt, später schloss er sich der NSDAP an und wurde u. a. Brigadeführer der NSKK Motorbrigade Groß-Berlin. Vgl. Bundesarchiv (BArch), Außenstelle Hoppegarten, ZA I 11154, ZA I 5580 A.6.
- 75 Benannt nach dem Freikorpsführer Peter v. Heydebreck. Er kämpfte mit dem von ihm aufgestellten Freikorps vor allem in Oberschlesien, wurde später Frontbann-Führer in Norddeutschland und SA-Führer in Stettin. Im Zusammenhang mit dem „Röhm-Putsch“ wurde er 1934 erschossen.
- 76 Benannt nach dem Freikorpsführer Franz Pfeffer v. Salomon (geb. 1888). Nach der Beteiligung am Baltikumfeldzug und dem Kapp-Putsch führte er ein Freikorps in Oberschlesien und eine Sabotagegruppe im „Ruhrkampf“. 1924 schloss er sich der NSDAP an und gründete den Gau Westfalen. 1926 war er Gauleiter und SA-Führer des Großgaues „Ruhr“. Im August 1926 wurde er in die Parteiführung aufgenommen. Anfang November 1926 übertrug ihm Hitler die Gesamtführung der SA. Er war 1932 und 1933 Mitglied der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion und 1933 Polizeipräsident von Kassel, später Regierungspräsident von Wiesbaden. Zu Pfeffer v. Salomon vgl. insbesondere: Die Braunhemden im Reichstag. Die nationalsozialistische Reichstagsfraktion 1932, München 1933, S. 78 f., sowie Otto Wagener, Hitler aus nächster Nähe. Aufzeichnungen eines Vertrauten 1929–1932, hrsg. von Henry A. Turner, Kiel 1987, S. 499. Ferner: Das Deutsche Führerlexikon 1934/1935, Berlin 1934, S. 43.
- 77 Benannt nach Kapitän Hermann Ehrhardt (1881–1971). Ehrhardt gründete die nach ihm benannte Brigade, mit der er in der Nacht vom 12. zum 13. März 1920 in Berlin einmarschierte und den Kapp-Putsch auslöste. Danach flüchtete er nach München und lebte dort unter dem Namen „Consul Eichmann“. Dieser Titel begründete den Namen für die Nachfolgeorganisation der Ehrhardt-Brigade: Organisa-tion Consul (O. C.), die als geschlossener Kampfverband in Oberschlesien kämpfte, dann aber vor allem innenpolitisch durch eine Serie von Attentaten u. a. auf Matthias Erzberger, Philipp Scheidemann und Walther Rathenau in Erscheinung trat.
- 78 Benannt nach dem Freikorpsführer Heinz Oskar Hauenstein (geb. 1898). Nach dem Krieg kämpfte er in Oberschlesien und gründete dort die sogenannte deutsche Spezialpolizei. 1922 gehörte er zu den Gründungsmitgliedern der Berliner NSDAP, er war einer der Aktivisten der jungen Berliner NSDAP. Nach innerparteilichen Auseinandersetzungen schloss Goebbels Hauenstein und seinen Anhang aus der Partei aus. Vgl. Martin Broszat, Die Anfänge der Berliner NSDAP 1926/29, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (VfZ) 8 (1960), S. 85–199, 90; Sauer, Schwarze Reichswehr und Fememorde, S. 44.
- 79 In den Reihen des Freikorps Oberland befanden sich schon zum Zeitpunkt des Einsatzes in Oberschlesien mehrere Mitglieder oder Sympathisanten der jungen bayerischen NSDAP. Zu ihnen gehörte u. a. der spätere Kommandeur der SS-Leibstandarte Adolf Hitler, Sepp Dietrich, der Heidelberger Privatdozent Dr. Arnold Ruge, der in Berlin zusammen mit Richard Kunze (genannt: Knüppel-Kunze) einer der führenden Agitatoren des Schutz- und Trutzbundes war. Nach dem Oberschlesien-Einsatz trat ein Großteil der Angehörigen von Oberland der NSDAP bei. Zu Oberland vgl. Hans Jürgen Kuron, Freikorps und Bund Oberland, Erlangen 1960, sowie zu ihrem Führer Beppo Römer: Oswald Bindrich/Susanne Römer, Beppo Römer. Ein Leben zwischen Revolution und Nation, Berlin 1991. Ferner: Werner Maser, Der Sturm auf die Republik. Frühgeschichte der NSDAP, Stuttgart 1973, S. 311 f.
- 80 Vgl. Lohalm, Völkischer Radikalismus, S. 219. Zu der Elberfelder Jugendgruppe: Klaus Goebel, „Mekka des deutschen Sozialismus“ oder „Kloake der Bewegung?“ Der Aufstieg der NSDAP in Wuppertal 1920 bis 1934, in: Klaus Goebel (Hrsg.), Über allem die Partei: Schule, Kunst, Musik in Wuppertal 1933–1945, Oberhausen 1987, S. 105–149.
- 81 Vgl. ebenda, S. 220.
- 82 Vgl. Goebel, „Mekka des deutschen Sozialismus“, S. 107 ff.
- 83 Vgl. Anm. 79.
- 84 Lohalm, Völkischer Radikalismus, S. 220.

- 85 Besonders in der „Schwarzen Reichswehr“ wurden nach dem oberschlesischen Vorbild zahlreiche Fememorde begangen. Vgl. Sauer, Schwarze Reichswehr und Fememorde.
- 86 Vgl. Bernhard Sauer, „Verräter waren bei uns in Mengen erschossen worden.“ Die Fememorde in Oberschlesien 1921, in: ZfG 54 (2006), S. 643–662, hier S. 653 ff.
- 87 Völkischer Beobachter vom 13./14. 5. 1926.
- 88 Die Freiheit, Nr. 374 vom 12. 8. 1921 schrieb unter der Überschrift „Die schlesische Landplage“ dazu: „Im Kreise Trebnitz, wo sie sich [die Arbeitsgemeinschaft Roßbach] hordenweise niedergelassen hat, ist unter der Arbeiterschaft eine große Erregung entstanden. [...] Da die Leute mit Waffen herumlaufen, Schlägereien provozieren und Drohungen gegen die Regierung und die Republik ausstoßen, hat sich zwischen ihnen und den Arbeitern ein richtiger Kriegszustand entwickelt.“
- 89 Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (GStA PK), 1. HA, Rep. 84 a, Nr. 14314, Bl. 6.
- 90 Heinrich Tillessen (geb. 1894 in Köln) hatte es im Weltkrieg zum Oberleutnant zur See gebracht. Bei Kriegsende geriet er in englische Gefangenschaft. Nach der Entlassung schloss er sich der Ehrhardt-Brigade an. Zusammen mit Heinrich Schulz (geb. 1893) trat er dem Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund bei. Nach dem Attentat waren beide zunächst nach Ungarn geflüchtet. Schulz hielt sich zuletzt in Kapstadt auf, bis er 1933 nach Deutschland zurückkehrte und vorübergehend als Adjutant bei Heinrich Himmler arbeitete. Tillessen war bereits 1932 nach Deutschland zurückgekehrt. Er trat der NSDAP bei und wurde ehrenhalber zum SA-Sturmführer ernannt. Wegen des Mordes an Matthias Erzberger stand er im Februar 1947 vor Gericht. Die Strafkammer II des Landgerichts Konstanz verurteilte ihn zu 15 Jahren Zuchthaus. Vgl. Urteil gegen H. Tillessen vom 28. 2. 1947, Staatsarchiv Freiburg, St AWTOG 1984/153. Heinrich Schulz wurde am 19. 7. 1950 in Offenburg wegen Totschlags zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt.
- 91 Manfred v. Killinger stand als unmittelbarer Vorgesetzter von Schulz und Tillessen im Verdacht der Beihilfe, wenn nicht gar der Anstiftung zum Mord an Erzberger. Während der Großteil der Verhafteten im Herbst 1921 wieder auf freien Fuß gesetzt wurde, verblieb v. Killinger in Untersuchungshaft, er wurde aber am 13. 6. 1922 von der Anklage der Beihilfe zum Mord freigesprochen – ein Fehlurteil, wie sich später herausstellte, denn Schulz und Tillessen erklärten nach 1945 vor Gericht, im Auftrage v. Killingers gehandelt zu haben.
- 92 Vgl. Goebel, „Mekka des deutschen Sozialismus“ oder „Kloake der Bewegung?“, S. 105–149.
- 93 Zu Günther siehe Goebel, „Mekka des deutschen Sozialismus“, S. 107 f., sowie Sauer, Schwarze Reichswehr und Fememorde, S. 211–214.
- 94 Vgl. Goebel, „Mekka des deutschen Sozialismus“, S. 107 f. Auch Lutze hatte nach dem Krieg seine politische Laufbahn im DVSTB begonnen.
- 95 Karl Kaufmann (geb. 1900) schloss sich nach dem Weltkrieg u. a. dem Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund an und leitete seit 1920/21 dessen Elberfelder Jugendgruppe. Aus dieser Gruppe gingen mehrere Mitglieder der Organisation Consul hervor, wie Kaufmanns enger Freund Hans Hustert, der das Blau-säureattentat auf Philipp Scheidemann verübte. Kaufmann beteiligte sich als Freikorpsangehöriger 1920 an der Niederschlagung der „Roten Ruhrarmee“ und kämpfte 1921 in der Sturmkompanie von Killinger in Oberschlesien, bevor er sich im Ruhrgebiet den Sabotagekommandos der Organisation „Heinz“ anschloss. Bereits 1922 war er der NSDAP beigetreten und wurde 1925 zum Leiter des NSDAP-Gaues Rheinland-Nord ernannt. Als Gaugeschäftsführer setzte er den damals noch weitgehend unbekannt Joseph Goebbels ein. Kaufmann war seit dem 20. Mai 1928 Mitglied des Preußischen Landtages und ab 1. Mai 1929 NSDAP-Gauleiter von Hamburg. Vgl. Braunhemden im Reichstag, S. 59. Eine ausführliche Biografie: Frank Bajohr, Gauleiter in Hamburg. Zur Person und Tätigkeit Karl Kaufmanns, in: VfZ 43 (1995), S. 267–295.
- 96 Vgl. Martin Sabrow, Der Rathenaumord. Rekonstruktion einer Verschwörung gegen die Republik von Weimar, München 1994 S. 61.
- 97 Vgl. ebenda.

- 98 Vgl. Lohalm, Völkischer Radikalismus, S. 221. Massenorganisationen wie der DVSTB wurden von der O. C. gezielt als Rekrutierungsfeld für eigene Aktivisten benutzt.
- 99 Vgl. Sabrow, Der Rathenau-Mord, S. 62.
- 100 Vgl. ebenda, S. 61 f. Dieser Plan wurde später aufgegeben. Paul Werber als Abgeordneter der O. C.-Zentrale hatte in Absprache mit Killinger ein gewaltsames Vorgehen untersagt, um seine Freilassung auf rechtmäßigem Wege erwirken zu können.
- 101 Vgl. Meinl, Nationalsozialisten gegen Hitler, S. 57. Am Vorabend des Anschlags tauchte ferner in Kassel ein unbekannt gebliebener Mann auf, der Geld und wahrscheinlich auch die Mordwaffe brachte. Oehlschläger sprach vor Gericht von einem „Ungarn“.
- 102 Diese Unterkunft hatte ihnen der Student Gerhard Hahn besorgt, der Oehlschläger von den oberschlesischen Kämpfen her kannte. Vgl. ebenda, S. 68.
- 103 Vgl. ebenda, S. 58.
- 104 Vgl. Auszugsweiser Bericht in Sachen Stennes und Genossen, Institut für Zeitgeschichte München, ZS 1147, S. 14 f. Nach der sogenannten 2. Stennes-Revolution wurde Hustert zusammen mit Stennes und anderen aus der SA ausgeschlossen. Siehe Sauer, Schwarze Reichswehr und Fememorde, S. 295.
- 105 Ernst Werner Techow schloss sich später ebenfalls der NSDAP an und gehörte wie Hans Hustert zur SA-Führung in Berlin um Walther Stennes. Zusammen mit Hustert und Stennes wurde er aus der SA ausgeschlossen. Vgl. Sauer, Goebbels' „Rabauken“, S. 129.
- 106 Vgl. Karl Brammer, Das politische Ergebnis des Rathenau-Prozesses. Aufgrund des amtlichen Stenogramms bearbeitet, Berlin 1922, S. 19. So war Hans Gerd Techow schon mit 15 Jahren Vorsitzender des Deutschnationalen Jugendbundes von Groß-Berlin. Vor Gericht sagte ein Onkel über den jüngeren Techow: „[...] er sei mißraten, kränklich und verworren gewesen. Er wollte immer ein führender Politiker Deutschlands werden, und seine Mutter hielt solche Reden für ein Zeichen von Begabung und bewunderte gerade den Kleinen am meisten.“ Steglitzer Anzeiger vom 6. 10. 1922.
- 107 Vgl. Beate Behrens, Mit Hitler zur Macht, S. 21.
- 108 Die abenteuerliche Flucht und der Tod auf Burg Saaleck – Kern traf eine Polizeikugel, Fischer richtete sich selbst – wurden später Gegenstand zahlreicher Publikationen. Von rechtsgerichteter Seite wurden dabei die Mörder zu Opfern stilisiert. Den Auftakt lieferten Friedrich Wilhelm Heinz (Sprengstoff, Berlin 1930, S. 150 ff.) und Ernst von Salomon (Die Geächteten, Hamburg 1963, S. 227). Wie „wilde Tiere“ seien die „deutschen Soldaten“ Kern und Fischer von den „Machthabern“ kreuz und quer durch Deutschland gehetzt worden. Die Nationalsozialisten setzten vor allem in ihrem Berliner Organ *Der Angriff* diese Kampagne fort.
- 109 Niedrig hatte sich zuvor an den Kämpfen in Oberschlesien beteiligt.
- 110 Ernst von Salomon hatte den Baltikumfeldzug im Freikorps Hamburg, einer Unterabteilung der „Eisernen Division“, mitgemacht und sich anschließend ebenfalls nach Oberschlesien begeben.
- 111 Zu Karl Tillessen, dem Bruder des Erzberger-Mörders Heinrich, siehe Anm. 61.
- 112 Hartmut Plaas (geb. 1899) gehörte zur Führungsgruppe der O. C. Vgl. insbesondere v. Salomon, Der Fragebogen. Wegen Beihilfe zum Rathenau-Mord wurde er zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Nach eigenen Angaben trat er bereits 1921 der NSDAP bei (Mitglieds-Nr. 3021). 1934, bereits Sturmhauptführer der SS, wechselte er zum Reichsluftfahrtministerium. Als Oberregierungsrat beim Amt für Luftforschung wurde er 1944 in Breslau verhaftet. Der Vorwurf lautete, dass er Kontakt zu Friedrich Wilhelm Heinz und Ludwig Gehre gehabt haben soll, die später an der Verschwörung des 20. Juli 1944 beteiligt waren. Am 20. 7. 1944 erhielt die Witwe die Mitteilung, dass ihr Mann ohne Urteil in Ravensbrück erschossen worden sei. In einem Brief an Heinrich Himmler vom 1. 10. 1944 schrieb die Witwe: „Leider hat er nicht mehr den ihm verliehenen Totenkopfring getragen. Ich sende ihn daher zurück.“ BArchB, Mitgliederkartei, SS-O, Hartmut Plaas, 11. 10. 1899.
- 113 Vgl. Steglitzer Anzeiger vom 17. 7. 1922 und vom 11. 10. 1922.
- 114 Aussage von Wilhelm Günther, in: Steglitzer Anzeiger vom 5. 10. 1922.

- 115 Vgl. Steglitzer Anzeiger vom 17. 7. 1922.
- 116 Vgl. Karl Brammer, Das politische Ergebnis des Rathenauprozesses, S. 20.
- 117 Aussage von Stubenrauch, in: Steglitzer Anzeiger vom 11. 10. 1922.
- 118 Vgl. Steglitzer Anzeiger vom 17. 7. 1922.
- 119 Steglitzer Anzeiger vom 11. 10. 1922. Der *Steglitzer Anzeiger* stützt sich im Wesentlichen auf die amtlichen Voruntersuchungen, wie sie in der Anklageschrift zusammengefasst sind. Danach erscheint Stubenrauch als der Urheber des Mordplanes. Es gibt aber auch Quellen, die besagen, dass Kern und Fischer mit bereits gefassten Mordplänen nach Berlin gekommen seien. Vgl. Ernst v. Salomon, Die Geächteten. Im Berliner *Angriff* heißt es hierzu: „Im Ratskeller in Steglitz trafen sich Kern und Fischer mit einem jungen Menschen, der aus sich heraus den Entschluß gefaßt hatte, den Minister Rathenau zu erschießen. Einer der Zuhörer bei dem Gespräch, das dabei geführt wurde, erzählt, daß Kern zu dem jungen Menschen gesagt habe: ‚Lassen Sie die Finger von einem derartigen Unternehmen, Sie sind noch viel zu jung dazu.‘“ Der *Angriff*, Nr. 46 vom 12. 11. 1928.
- 120 Steglitzer Anzeiger vom 11. 10. 1922. Vgl. auch Berliner Tageblatt (BT) vom 13. 10. 1922.
- 121 Vgl. ebenda.
- 122 BT vom 13. 10. 1922.
- 123 Steglitzer Anzeiger vom 26. 10. 1922.
- 124 Dr. Anders, Der Fall Stubenrauch, in: Steglitzer Anzeiger vom 13. 10. 1922. Auch im Preußischen Landtag wurde der „Fall Stubenrauch“ erörtert. Im Gegensatz zu Dr. Anders wurde von sozialdemokratischer Seite eine gewisse Mitverantwortung der Schule konstatiert und vor allem der Geschichtsunterricht in den höheren Schulen kritisiert sowie der Umstand, dass Stubenrauch auf der Schule bleiben durfte, „als er bereits wiederholt Mordabsichten gegen Rathenau geäußert hatte“. Rede des Abgeordneten Wegscheider (SPD), in: Steglitzer Anzeiger vom 26. 10. 1922.
- 125 Dr. Fritz Sommer, Geschichte des Gymnasiums 1911/1936, in: Festschrift zur Feier des 50jährigen Bestehens des Gymnasiums zu Berlin-Steglitz 1886/1936, S. 36.
- 126 Ebenda, S. 37 f.
- 127 Vgl. ebenda, S. 11. Zu dieser Tradition führt Dr. Sommer u. a. aus: „Mit stürmischem Eifer drängten sich wie allenthalben die älteren Schüler zum Heeresdienst. Es ist für uns Lehrer die höchste und beglückendste Erfahrung, diese Kraft reiner und edler Vaterlandsliebe, diesen Schwung feuriger Begeisterung bei unserer Jugend erlebt zu haben“. Ebenda, S. 27. Und weiter: „Die Schuljugend [...] bäumte sich auf mit ihrem unverfälschten Gefühl für Wahrheit und Gerechtigkeit gegen marxistische Irrlehren, und sie war es auch, die mit den ersten jubelnd zu Adolf Hitlers Fahnen eilte.“ Ebenda, S. 11.
- 128 Ebenda, S. 64.
- 129 Ebenda, S. 74.
- 130 Vgl. Bernd Kruppa, Rechtsradikalismus in Berlin 1918–1928, Berlin/New York 1988, S. 127.
- 131 Vgl. ebenda.
- 132 Julius Lippert, Im Strom der Zeit. Erlebnisse und Eindrücke, Berlin 1944, S. 50.
- 133 Viele führende Nationalsozialisten hatten bereits im Schutz- und Trutzbund für das Hakenkreuz agitiert: Die Gauleiter Artur Dinter (Thüringen), Fritz Sauckel (Thüringen), Julius Streicher (Franken), Josef Klant (Hamburg), Karl Kaufmann (Hamburg), Bernhard Rust (Hannover-Süd), Otto Telschow (Hannover-Ost), Karl Weinrich (Kurhessen), Friedrich Ringshausen (Hessen), Wilhelm Murr (Württemberg), Martin Mutschmann (Sachsen), Dr. Otto Hellmuth (Mainfranken). Dem Schutz- und Trutzbund gehörten ferner Dietrich Eckart, Gottfried Feder, Reichsleiter Walter Buch, SA-Stabschef Viktor Lutze, die SS-Führer Dr. Werner Best und Reinhard Heydrich sowie Reichsgesundheitsführer Dr. Leonardo Conti an. Erich Bade und der Hauptgeschäftsführer Alfred Roth schlossen sich ebenfalls der NSDAP an. Roth kandidierte 1932 in Hamburg für die NSDAP zum Reichstag. Zu seinem 60. Geburtstag im Jahr 1939 erhielt Roth einen Glückwunsch des Reichsinnenministers Wilhelm Frick, in dem die Rolle des DVSTB und seines Hauptgeschäftsführers hervorgehoben wurde, „Schrittmacher für

das Dritte Reich gewesen zu sein.“ Vgl. Lohalm, Völkischer Radikalismus, S. 330.